

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 661

Mittwoch, 25. Juli 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Herausforderungen, um einen Schnellzug (Metro) in der Hauptstadt zu realisieren.....	1
Álvaro Arzú Escobar: Eine Bilanz nach sechs Monaten als Parlamentspräsident.....	2
Conrado Reyes ist (doch nicht) stellvertretender Verfassungsrichter.....	4
Nachtrag (20./21. Juli):.....	4
Volkszählung 2018: Reichen 14.000 InterviewerInnen für 4 Millionen Haushalte aus?.....	4
Der erste heikle Fall der neuen Generalstaatsanwältin.....	5

Editorial

In diesem Heft geht es in der Titelgeschichte um etwas, was wir als **¡Fijáte!** bisher eher selten behandelt haben: den öffentlichen Nahverkehr. Ja, über die Anschläge, Morde und Erpressungen gegenüber Busunternehmen haben wir schon öfter berichten müssen, zuletzt im letzten Heft. Aber über Projekte, die Menschen in der Hauptstadt und der sie umgebenden Grossstädte besser von A nach B zu bringen, haben wir noch nicht berichtet, obwohl es solche Pläne bereits seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten gibt. Insofern haben wir einen reportageartigen Artikel aus Prensa Libre übersetzt und bringen ihn Euch dar.

Die weiteren Nachrichten befassen sich dann eher mit den üblichen Geschichten aus der Politik und Justiz, die sich letztlich als Auf und Ab des Korruptionskampfes zusammenfassen lassen. Und schliesslich geht es um den Zensus 2018, der in diesen Tagen in Guatemala durchgeführt wird.

Herausforderungen, um einen Schnellzug (Metro) in der Hauptstadt zu realisieren

Guatemala, 18. Juli – Die Idee ist nicht neu. Aber sie wird wieder neu diskutiert: Eine Schienen-Metro, um die Mobilität der Tausenden HauptstädterInnen zu verbessern. Bisher gibt es nichts dergleichen und es gibt weiterhin Hürden, um so etwas zu verwirklichen.

In den letzten dreissig Jahren hat es ein demographisches und urbanes Wachstum in der Hauptstadt gegeben, das Anlass dazu gab, die Spuren vieler Eisenbahnschienen zu verwischen. Im Laufe der Zeit tauchten asphaltierte Wege auf, Siedlungen, Häuser, Strassenbeleuchtung, abgestellte Autos und Kreuzungen – all das sind Herausforderungen, der sich ein Schnellzug stellen muss, der die Hauptstadt durchqueren soll.

Der Direktor der Nationalen Agentur der Allianzen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Infrastruktur (ANADIE), Roberto Sagastume, erklärte, dass die Machbarkeitsstudie, die das spanische Ingenieurbüro Idom Ingeniería y Consultoría in den letzten acht Monaten erstellt hat, festgestellt hat, dass die Route des Schnellzuges 20,5 km zwischen dem nördlichen Zentrum in Zone 18 bis zum Zentrum Süd in Zone 12 von Villa Nueva gehen sollte. Dafür wären 14 Schienenwege zu bauen. Zugleich stellte die Studie fest, dass sieben Gleisspuren neu angepasst werden müssten, damit die Metro fahren könnte. Prensa Libre ist die Route abgefahren, den der Zug durch die Stadt nehmen würde und hat die Herausforderungen erschlossen, die es für die Zugstrecke geben könnte. Da gibt es z.B. am Ende der Atanasio Tzul-Strasse, zwischen den Zonen 12 und 21 80 Wohneinheiten, in denen Familien die Gleisareale seit 25 Jahren besetzt haben.

Die Gemeinde La Vía Férrea

Am Ende der genannten grossen Strasse beginnt eine Gemeinde in unmittelbarer Nähe der Gleise. Die Mehrzahl der Häuser sind aus Blech und Holz. Einige Familien haben auch Steinhäuser mit drei Stockwerken. Die Siedlung heisst La Vía Férrea und einige BewohnerInnen sagen, dass sie hier hergekommen seien, um das Land zu besetzen, weil „die Armut sie dazu gebracht“ habe. Für sie ist das Projekt der Metro nichts Neues. Seit acht Jahren kennen sie schon die Vorarbeiten und sie haben die ganze Zeit mehr Informationen über den Plan erwartet. Um diese einzufordern, haben sie eine Vereinigung der BewohnerInnen in La Vía Férrea (Asoviafer) gegründet. Ihre Vorsitzende, Antonia Pos, erläutert, dass sie nicht gegen ein solches zukünftiges Bahnprojekt seien, aber sie bitten die Verwaltung, in Projekte des sozialen Wohnungsbaus eingebunden zu werden. „Wir wollen nicht gewaltsam vertrieben werden, noch von den Möglichkeiten, würdevoll zu wohnen, abgeschnitten werden. Wir wissen, dass einige Häuser in der Nähe der Gleise bleiben müssen, andere nicht, aber wir wollen, dass sie uns eine Unterkunft garantieren.“ In einem Kästchen bewahrt Pos einen Vorentwurf des Verkehrsministeriums aus dem Jahr 2011 auf, nach dem dreistöckige Wohnhäuser in der Nähe der Bahngleise gebaut werden sollten.

Die Eisenbahngesellschaft

Die Umsiedlung der Familien wird die grösste Herausforderung sein, die das Projekt der Metro hat. Der Wirtschaftsprüfer der Eisenbahngesellschaft Guatemalas (FEGUA), Roberto Mancilla, erklärte, dass ein Sozialplan aufgestellt worden sei und der erste Schritt sei, klarzustellen, welche Menschen in den Gebieten, in denen neue Gleise für den Schnellzug gebaut werden müssen, wohnen. „Das Projekt enthält einen Lösungsvorschlag für die BesetzerInnen von La Vía Férrea. Das Projekt wird von einem Team aus Bogotá, Kolumbien, unterstützt, das dort eine solche Metro gebaut hat. Die Idee ist, dass es eine würdige Lösung der Wohnungsfragen geben wird“, sagt Mancilla.

Notwendige Infrastruktur

Die Route des Schnellzuges wird vermutlich 20 Stationen haben. An einigen von ihnen gibt es Umsteigemöglichkeiten. Der Bau von Viadukten und Brücken ist angedacht. Es gibt eine Kreuzung in der 3. Strasse, 21. Allee in Zone 6, an dem ein Verkehrsverteiler gebaut werden könnte, weil in Stosszeiten hier der Verkehr sehr stark ist. Diese Kreuzung hat eine Fläche von 1.000 Quadratmetern und ist als „La Cuchilla“ (das Messer, die Rasierklinge) bekannt. Diese Kreuzung ist das einzige schwierige Teilstück, den die zukünftige Bahnstrecke bis zur Brücke Las Vacas hätte, die in jedem Fall genutzt werden müsste.

Der Direktor von ANADIE sagte, dass für die Verbindung zwischen den Zonen 6 und 18 eine intermodale Brücke gebaut werden müsste, die parallel zur Strasse Belice führen würde. Diese Wegstrecke würde es erlauben, sowohl Autos als auch den Schnellzug auf derselben Brücke fahren zu lassen. Eine ähnliche würde auch im Süden gebaut werden. Diese andere Verbindung einer Brücke mit verschiedenen Verkehrsmitteln wird auf der Atanasio Tsul-Strasse in der Zone 12 der Hauptstadt und dem zentralen Umsteigeplatz im Süden in der Zone 12 von Villa Nueva liegen. Um beide Städte zu verbinden, ist vorgesehen, eine Brücke auf der Strecke nach Ciudad Real zu bauen, die dann über die Schlucht bis zum Grundstück der Autobusse der Transmetro im Centro Sur führt.

In dem Artikel ["El aerómetro sería una solución al tráfico en la metrópoli"](#) aus dem Jahr 2017 wurden – neben den bereits erwähnten - folgende Charakteristika eines Schnellzuges genannt: Es würden 29 Züge eingesetzt, um Personen zu transportieren. Jeder Zug wäre 400 Meter lang und könnte 400 Personen mitnehmen. Die Strecke hätte 20 Stationen und von Anfang bis Ende würde eine Fahrt 40 Minuten dauern, d.h. die Durchschnittsgeschwindigkeit betrüge 28 km/h.

Die Idee wäre, damit ab dem Jahr 2021 252.000 Personen täglich zu transportieren, 80 Millionen pro Jahr. Jeder Fahrgast würde seine Fahrzeit gegenüber der jetzigen Verkehrssysteme um eine Stunde reduzieren. Dies würde dazu führen, dass 10.500 Autos weniger in die Hauptstadt einfahren würden. Allerdings wäre damit eben eine grosse Investition verbunden, Verbindungslinien, der Ankauf von Zügen, die entsprechende Technologie und der Ankauf von Grundstücken, um die Schienen zu bauen. (PL)

Álvaro Arzú Escobar: Eine Bilanz nach sechs Monaten als Parlamentspräsident

Guatemala, 18. Juli – Am vergangenen 14. Juli hat Álvaro Enrique Arzú Escobar ein halbes Jahr als Parlamentspräsident hinter sich gebracht. Seine bisherige Amtszeit muss angesichts der politischen Lage im Land als kompliziert bewertet werden. Einige Abgeordnete beklagen, dass soziale Themen in dessen Geschäftsführung kaum eine Rolle gespielt hätten und gehen davon aus, dass die zweite Hälfte seines Jahres als Parlamentspräsident nicht weniger schwer werden wird. Während also einige Abgeordneten einen Rückschlag in der sozialen Frage beklagen, halten andere Arzús Arbeit für gelungen, zumindest angesichts dessen, was dieser angekündigt hatte. Übereinstimmung in allen Lagern findet sich darüber, dass es für Arzú in den kommenden sechs Monaten schwer werden wird, Mehrheiten für legislative Prozesse zu erzielen – was auch an den nicht allzu fernen Parlamentswahlen liegt.

Die Einschätzung von Nineth Montenegro

Nineth Montenegro, die Fraktionschefin der linksliberalen Partei „Zusammen für Guatemala“ (EG), ist der Ansicht, dass die Amtsführung von Arzú Escobar kooperativ ausgerichtet ist. „Er hat zweimal einen Pakt geschmiedet, in der

ihm eine Mehrheit gefolgt ist. Dabei geht es vor allem um einige Gesetzentwürfe, die die Wirtschaft ankurbeln sollen“, sagt Montenegro. Die Abgeordnete war mit diesem Antrag zufrieden, was sie aber vermisst ist eine „soziale Agenda“. „Er hat einen Angriff auf die soziale Agenda gestartet. Ein Rückschritt. Ich nenne z.B. das Gesetz zu NGOs, denen er Hindernisse in den Weg legen will, die kein Geld vom Staat mehr erhalten sollen“, erzürnt sie sich. Sie sagt weiter, dass Arzú Escobar während seiner bisherigen Amtszeit auch ersucht habe, einen Reformprozess anzustossen, der nicht auf Zustimmung der Bevölkerung stösst, etwa die Gesetzgebung zum Fraktions- und Parteiewechsel von Abgeordneten („Transfugismus“, *der wieder zugelassen werden soll – es steht ja – wie gesagt – eine neue Wahl im kommenden Jahr an, d.Red.*) und der Umgang mit der illegalen Parteien- und Wahlkampffinanzierung.

Die Arbeit in der Legislative

Álvaro Enrique Arzú Escobar wurde am 13. Januar diesen Jahres von einer Allianz unter Führung der Regierungspartei gewählt, wenige Stunden bevor die verfassungsrechtlich festgelegte Wahlfrist für die Wahl eines Parlamentspräsidenten verstrichen wäre. Einige Tage danach hat die BürgerInnenaktion (AC) eine einstweilige Verfügung gegen die Wahl eingereicht, da bei dieser Wahl einigen Mitgliedern des Kongresspräsidiums verboten worden sei, sich für dieses Amt zu bewerben. Der Antrag wurde von dem Verfassungsgericht angenommen, aber am 1. Februar hat die parlamentarische Allianz dann doch Arzú Escobar zum Parlamentspräsidenten gewählt.

In seiner bisherigen Amtszeit hat Arzú Escobar u.a. 15 Dekrete, in der Mehrzahl wirtschaftspolitischer Art, durchgebracht, und ein Darlehen in Höhe von 1,8 Milliarden Quetzales (ca. 204 Millionen Euro), das dem Haushalt zugute kommen soll. Es wurden auch 17 Abkommen verabschiedet und der bereits erwähnte Gesetzentwurf über ein NGO-Gesetz und andere Initiativen eingebracht.

Fehlende Erfolge

Raúl Romero, Fraktionschef der Partei Fuerza, erklärte, dass „das erste Halbjahr des Parlamentspräsidenten echt schwierig war“. Er machte einen „Stillstand bei der Verabschiedung von Gesetzen“ aus und einige Gesetzentwürfe hätten „mehr Polemiken als Einigungen“ gebracht, „sowohl innerhalb des Kongresses als auch ausserhalb“. Arzú Escobar habe es nicht vermocht, „Gesetze zu erstellen, die etwas voranbringen würden, sondern viele hätten eher ein Klima der Unregierbarkeit im Land erzeugt“. Romero beklagte auch die mangelnde Nähe von Arzú Escobar zu verschiedenen Sektoren der Gesellschaft und den Medien. „Ein Mann mit so einem wichtigen Posten wie dem des Parlamentspräsidenten muss den Willen zum Dialog ausstrahlen und die Nähe zu allen Sektoren der Gesellschaft suchen, seien sie wirtschaftlich, politisch oder sozial. Denn nur über Dialoge können Mehrheiten für Gesetze erzielt werden und Themen ermittelt werden, die angepackt werden müssen“, sagte der Abgeordnete.

Amílcar Pop, der Vorsitzende von Winaq, ist der Ansicht, dass „die Präsidentschaft von Arzú Escobar dazu geneigt war, eine wirtschaftliche Agenda zu verfolgen. Dagegen gab es eine grosse Distanz zu den sozialen Forderungen und das hat man nicht nur an seiner Agenda gesehen, diese lag komplett ausserhalb der Forderungen der BürgerInnen“. Pop beurteilt negativ, dass es von Seiten der meisten Fraktionen nur eine geringe Partizipation bei der Entwicklung der Gesetzesvorhaben gegeben habe. „Es hat auch eine starke Distanz zum Kongresspräsidium gegeben, aber ebenso zu den Medien und den verschiedenen Ausdrucksformen innerhalb der Gesellschaft“, versicherte der Abgeordnete. Alle drei genannten Abgeordneten stimmten darin überein, dass die nächsten sechs Monate für die Amtsführung von Arzú Escobar schwierig sein werden. Das bezieht sich vor allem auf die Beschaffung von qualifizierten Mehrheiten, deren Wahrscheinlichkeit aufgrund der nicht weit entfernt stehenden Wahlprozessen auf fast Null gesetzt wird. Jede/r wird beginnen zu schauen, welche Partei zu ihnen passt. Sich zu einigen wird sehr schwierig sein, da viele nicht mehr daran denken, was den Fraktionen nützt, sondern in vielen Fällen daran, was in ihrem rein persönlichen Interessen ist. Deshalb verwundert es ja nicht, dass nun Gesetzesinitiativen wie der zur Wiederzulassen des Transfugismus oder der Legalisierung der illegalen Parteienfinanzierung aufkommen und Fortschritte in anderen Themenbereichen verhindern.

Von Januar bis April hat *Prensa Libre* viermal bei der PR-Abteilung des Kongresses um ein Interview mit Arzú Escobar gebeten, am 12. Juli hat sie bei ihm persönlich um ein Gespräch gebeten, aber er hat nie geantwortet.

Andere Meinungen

Fernando Linares-Beltranena von der konservativen Partei des Nationalen Fortschritts (PAN) liess verlauten, dass Arzú Escobar einen guten Job gemacht habe. „Er hat die Führungsqualität geerbt. Ich glaube, dass er eine gute legislative Arbeit abgeliefert hat“, sagte er.

Luis Hernández Azmitia, Abgeordneter der Reformbewegung (MR), erklärte, dass Arzú Escobar seine Vorstellungen konsequent abgearbeitet habe. „Er ist Mitglied eines neunköpfigen Präsidiums und sitzt einem Kongress von 158 Personen vor. Das Wohl und Wehe des Kongress hängt nicht allein von ihm ab.“

Óscar Chinchilla von der ebenfalls konservativen Partei CREO, der früher einmal Parlamentspräsident war, sagte, dass sein Nachfolger im Amt „die allerbesten Absichten hatte, um eine Agenda voranzubringen“. Und weiter: „Sich im Plenum zu einigen, ist ein schwieriges Unterfangen. Ich würde mir wünschen, dass seine Amtszeit gut wird. Und dass die noch nicht entschiedenen Entwürfe wie das Wahlgesetz breit diskutiert werden.“ (PL)

Conrado Reyes ist (doch nicht) stellvertretender Verfassungsrichter

Guatemala, 16. Juli - Conrado Arnulfo Reyes Sagastume wurde diesen Montag vom Obersten Gerichtshof (CSJ) zum stellvertretenden Richter am Verfassungsgericht (CC) ernannt und tritt damit die Nachfolge von María Consuelo Porras an, der aktuellen Generalstaatsanwältin. Reyes erhielt acht Ja und drei Nein-Stimmen. Die Ja-Stimmen kamen von Ranulfo Rojas, Silvia Patricia Valdés Quezada, Vitalina Orellana, José Antonio Pineda Barales, Josué Felipe Baquix, Nester Vásquez Pimentel und Sergio Pineda, während María Eugenia Morales, Silvia Verónica García und Delia Dávila gegen ihn stimmten. Wer war noch gleich Conrado Reyes?

Durch ein Urteil des CC war er einen Tag, nachdem ihn der damalige Präsident, Álvaro Colom, am 10. Juni 2010 zum Generalstaatsanwalt erwählt hatte, des Amtes enthoben worden. Der Hintergrund war, dass der damalige Direktor der CICIG, Carlos Castresana, Reyes vorwarf, Beziehungen zu kriminellen Strukturen von AnwältInnen gehabt zu haben, die sowohl in Fällen von illegalen Adoptionen als auch in den Drogenhandel verwickelt waren. Nach der Nominierung von Reyes durch Colom trat Castresana von seinem Amt zurück. „Wir bitten den Präsidenten Colom, den Generalsekretär Reyes des Amtes zu entheben, weil er nicht die Person ist, die die Staatsanwaltschaft (MP) benötigt. (...) Er ist eine Person mit einer Liste von Korruptionsfällen in seinem Lebenslauf. Und in der kurzen Amtszeit hat er ungewöhnliche Massnahmen getroffen, die nicht im Interesse des Rechtsstaats und nicht im Interesse der GuatemalteKInnen waren“, sagte der damalige CICIG-Direktor. (...)

Der Präsident des CSJ, José Antonio Pineda Barales, sagte diesen Montag, dass die Wahl demokratisch stattgefunden habe und jede/r RichterIn bei ihrer Wahlentscheidung die Erfahrung und akademischen Leistungen der acht KandidatInnen berücksichtigt habe. „Ich habe keinerlei Kenntnis über irgendein rechtskräftiges Urteil gegen Reyes wegen Verwicklung in den Drogenhandel oder andere illegale Aktivitäten“, sagte Pineda Barales auf die Frage, ob denn die Anschuldigungen gegen Reyes in den Blick genommen worden seien.

Reyes wird den Platz von María Consuelo Porras einnehmen, die von Präsident Jimmy Morales zur Generalstaatsanwältin ernannt worden ist. Die Amtszeit von Reyes geht bis 2021. Der CSJ entschied sich für Reyes in einem Wettbewerb, in dem acht weitere KandidatInnen antraten: Sara Griselda Yoc Yoc, Rafael García López, Mario Estuardo Archila Maldonado, María Castellanos Cruz, Leticia Secaira Pinto, Hugo Calderón Morales, Estela Beltetón und Cruz Munguía Sosa. Es ist das zweite Mal, dass der CSJ einen stellvertretenden Verfassungsrichter wählt. Das erste Mal wurde am 4. Juni Iván Romero gewählt, der jedoch ein paar Tage später von seinem Amt zurücktrat.

Aufgaben der stellvertretenden RichterInnen

Laut dem zuständigen Gesetz treten die stellvertretenden VerfassungsrichterInnen dann ihr Amt an, wenn ein/e berufene/r RichterIn nicht in der Lage ist, dies zu tun. Gleiches gilt, wenn das Gericht Entscheidungen über die Verfassungswidrigkeit gegen das CSJ, den Kongress, den PräsidentInnen oder die VizepräsidentInnen zu fällen hat. In diesen Fällen wird das RichterInnenkollegium auf sieben Personen erweitert, wobei die zwei zusätzlichen RichterInnen aus den stellvertretenden RichterInnen ausgewählt werden.

Profil

Conrado Reyes erhielt seinen ersten akademischen Titel in Rechts- und Sozialwissenschaften 1990 von der Universität Mariano Gálvez und seinen Dokortitel in Jura 2002 von der Universität Francisco Marroquín. Er war Dozent an beiden Universitäten. Er war Assessor in nationalen und ausländischen Unternehmen und Berater internationaler Institutionen. Er war zwischen 1999 und 2004 ernannter und stellvertretender Richter in Berufungsgerichten und später Assessor beim Obersten Gerichtshof, beim Verfassungsgericht, beim Kongress und im Innenministerium.

Nachtrag (20./21. Juli):

Das Verfassungsgericht hat die Wahl von Reyes suspendiert und Reyes vorläufig vom Amt ausgeschlossen.

Volkszählung 2018: Reichen 14.000 InterviewerInnen für 4 Millionen Haushalte aus?

Guatemala, 16. Juli - 16 Jahre sind vergangen, seit die letzte Volkszählung in Guatemala stattfand. Das sind sechs Jahre länger als es internationale Organisationen empfohlen haben, weil je mehr Zeit vergangen ist, desto weniger vertrauenswürdig sind sie. Und ohne diese Daten kann keine effektive öffentliche Politik gestaltet werden. Die Volkszählung hat sich vor allem aufgrund mangelnden Willens der Politik verzögert. Diesmal, wie schon 2002, hat sich das Nationale Statistische Institut (INE) mit dem UN-Bevölkerungsfonds (englische Abkürzung: UNFPA) zusammengesetzt, um die logistische und technische Abwicklung zu erledigen. Verónica Simán, studierte Soziologin und Demographin ist Vertreterin der UNFPA in Guatemala und erklärt folgendes über die Bedeutung der Volkszählung: „Sie erlaubt uns, uns ein Bild von der realen Situation in einem Land zu machen, dessen Gesellschaft sich durch demographische Bewegungen wie Migration, Geburten und Todesfälle so sehr verändert hat.“

Der Zensus beginnt am 23. Juli und wird über 25 Tage durchgeführt. Drei grosse Herausforderungen müssen überwunden werden, um erfolgreich zu sein:

1. Gibt es genügend InterviewerInnen, um das gesamte Land abzudecken?

Das Team, das die Personendaten aufnehmen soll, wird 14.000 Interviewer umfassen, die 3,5 Millionen Haushalte in 428 Landkreisen (von denen einige aufgeteilt wurden, um den InterviewerInnen die Arbeit zu erleichtern) besuchen müssen. Es wird erwartet, dass sie mehr als 50 Minuten pro Haushalt brauchen, um die 83 Items der Volkszählung abzufragen. Auf den ersten Blick bereiten diese Zahlen Sorgen, weil das bedeutet, dass jede/r InterviewerIn 285 Haushalte zählen müsste. Um das in der vorgesehenen Zeit zu schaffen, müsste er täglich 11 Haushalte befragen, bei einem unklaren Stundenplan. Allerdings verteidigen die TechnikerInnen die Machbarkeit der Volkszählung. Verónica Simán von der UNFPA erklärt, dass diese Zahlen es zwar unmöglich erscheinen lassen, das umzusetzen, dass aber im November und Dezember 2017 eine Pilotbefragung durchgeführt wurde, aus der dann der jetzige Plan entwickelt wurde. Zudem hängt die Arbeitsleistung auch von der Region ab, in der sie oder er tätig ist. Es ist ein Unterschied, über grosse Distanzen zu ländlichen Dörfern reisen zu müssen oder ob ein Mehrfamilienhaus befragt wird. Ausserdem werde es neben den BefragterInnen laut den Plänen auch HelferInnen und SupervisorInnen geben.

2. Das Problem der Strassen und Wege und der Rotlichtviertel

Die Aufgabe, Personen zu zählen und zu lokalisieren, ist in diesem Land sehr schwierig. Deshalb hält die Ökonomin Vivian Guzmán die Aufgabe für eine nationale Angelegenheit, die höchste Abdeckung und Logistik erfordert. Denn es sei dafür notwendig, das ganze Land zu bereisen und wenn die meteorologischen Bedingungen nicht entsprechend sein sollten, werde es den Prozess erschweren.

„Die Klima- und Naturkatastrophen wie der Ausbruch des Vulkans Fuego verändern die Situation von einem zum anderen Moment. Vor zwei Monaten waren die Strassen in einem besseren Zustand als heute und das wird die Mobilität erschweren“, sagt Guzmán. Zu den Hindernissen der Natur kommt die soziale Situation in Guatemala: In Rotlichtviertel oder in Gefängnisse zu gehen oder in Gebiete, die von Kriminellen beherrscht werden, ist genauso gefährlich wie der Schlamm an den Schluchten und Vulkanen. Darum haben INE und UNPFA Items für verschiedene Problemgruppen entwickelt. Was die durch den Vulkanausbruch vertriebenen Gemeinden angeht, so werden sie ein Dokument für kollektive Siedlungen erhalten, das es ermöglicht, jede Person zu registrieren, die in einer Sammelunterkunft wohnt. Dieselbe Methode wird auch bei Minderjährigen angewandt, die in staatlicher Obhut stehen.

Und für die Risikozonen und die Gefängnisse wurde ein Runder Tisch im Innenministerium eingerichtet, die sich mit der Lösung der Bedürfnisse der VolkszählerInnen befassen. Zudem wurden bei dem Pilotversuch Kommunikationszentren geschaffen, in denen führende VertreterInnen in den verschiedenen als kompliziert eingestufte Zonen ansprechbar sind. All das soll die Vertraulichkeit der Daten sichern, die die InterviewerInnen erheben.

3. Vertrauen in einem unsicheren Land

Das grösste Problem bei dieser Aufgabe ist die Überwindung des mangelnden Vertrauens der GuatemaltekerInnen. Daher wurde die Kampagne auf den Weg gebracht „Öffne der Volkszählung die Tür“, um die Bevölkerung dafür zu sensibilisieren, wie wichtig ihre Mitarbeit ist. Verónica Simán von der UNFPA merkt an, dass weder sensible noch finanzielle Informationen abgefragt würden. Um den Prozess der Zählung transparent zu gestalten, hat die UNPFA entschieden, AkteurInnen der Zivilgesellschaft einzubinden. So gibt es eine Allianz mit der BürgerInnenaktion (AC), um eine Anlaufstelle für Beschwerden während der Zählung einzurichten. Auch wurde ein Zentrum für rechtliche Hilfe gegen Korruption (ALAC) geschaffen, um auf verschiedenen Wegen Beschwerden entgegen zu nehmen: entweder über eine kostenlose Telefon-Hotline, über E-Mail oder ein Web-Formular. „Auf diese Weise kann die Bevölkerung Vetternwirtschaft bei der Einstellung von BefragterInnen, die Nutzung der Daten für klientelistische Strukturen anzeigen. Denn wir sind ja in der Zeit vor den Wahlen, wo falsche ZensorInnen auftauchen können, wo es Angriffe gegen diese gibt, wo gar keine Besuche stattfinden, wenn in dem Haushalt niemand angetroffen wird – auch das können Gründe für Beschwerden sein“, erklärt Gabriela Ayerdi, die von Seiten der AC an der Volkszählungsvorbereitung beteiligt ist. Von hier werden die Anzeigen je nach Motiv gefiltert und an die entsprechenden Instanzen weitergeleitet. Diejenigen, die mit Korruption zu tun haben, werden weiter untersucht und dann weitergegeben. Am 18. Juli, fünf Tage vor Beginn des Zensus, wird das Beschwerdeportal offiziell freigeschaltet. Zuvor wurde es bereits ab dem 1. Juni geöffnet und bis zum 12. Juli gingen 29 Anzeigen ein. Die Mehrzahl von ihnen hatten mit der Einstellung der InterviewerInnen und SupervisorInnen zu tun und möglicher Vetternwirtschaft in verschiedenen Teilen des Landes. Nach 16 Jahren ohne Zensus werden wir schlussendlich Daten über uns selbst erhalten und über die Realität, in der wir leben. Jedoch sind die Herausforderungen gross. Ob die Aufgabe gemeistert wird, hängt von dem Willen der Menschen in diesem Land ab. (Gladys Olmstead, Nómada)

Der erste heikle Fall der neuen Generalstaatsanwältin

Guatemala, 12. Juli – Genau 60 Tage nach dem Amtsantritt von Consuelo Porras hat die Staatsanwaltschaft (MP) gemeinsam mit der CICIG eine erste grosse Razzia vorgenommen: Es geht dabei um die „Grosse Kasse“, die die Hauptstadtverwaltung mittels der Banco Industrial verwaltet hat.

In den ersten Wochen ihrer Amtszeit wurde Consuelo Porras ernsthaft kritisiert, da sie keine Ergebnisse vorweisen könne und keine Fälle, die ihr Engagement im Kampf gegen Korruption beweise, wie es ihre Vorgängerin Thelma Aldana gezeigt hatte. Interne Quellen im MP haben versichert, dass die Passivität der ersten zwei Monate normal sei in Zeiten des Übergangs. Verschiedene neue Fälle seien in der Pipeline.

Der erste Fall hat heute das Licht der Welt erblickt, kurz nachdem einige Razzien in der Stadtverwaltung der Hauptstadt und im Finanzinstitut des Westens getätigt wurden. Dieses Institut gehörte ursprünglich zur Gruppe des Westens (Grupo de Occidente), die 2006 von der Banco Industrial gekauft wurde. Allerdings wurde das Finanzinstitut nicht gekauft. Zu den Razzien sagte der Sprecher der CICIG, Matías Ponce, nur so viel, dass sie im Zusammenhang mit Ermittlungen stünden. Eine Pressekonferenz dazu wurde nicht abgehalten, sodass also auch nicht mehr Details bekannt sind. Es wurde nur eine Liste von Stadtverwaltungsbetrieben verteilt, wo Dokumente beschlagnahmt wurden. Diese Liste ist der Schlüssel, um herauszufinden, welche Pfeile MP und CICIG in dem Fall im Köcher haben. Vor fünf Monaten, im Februar, gab es die letzte Ermittlungsaktion in der Hauptstadtverwaltung. Heute kamen bewaffnete PolizistInnen und MitarbeiterInnen von MP und CICIG zurück, um in 16 Abteilungen der Stadtverwaltung die Dokumente zu sichten und zu beschlagnahmen.

Die „Grosse Kasse“, die Álvaro Arzú hinterliess

Während der mehr als zwanzigjährigen Tätigkeit in der Hauptstadt, hat der kürzlich verstorbene Ex-Bürgermeister Álvaro Arzú eine Amtsführung aufgebaut, bei der der kommunale Haushalt über Treuhandgesellschaften verwaltet wurde. Ein Konstrukt, das es schwierig machte, hier zu ermitteln – auch für den Rechnungshof.

MP und CICIG haben im Oktober vergangenen Jahres damit begonnen, diese Treuhandgesellschaften zu untersuchen – in dem Fall, der als „Büchse der Pandora“ bekannt ist. Dabei handelt es sich um die Treuhandgesellschaft der Hauptstadt für den Umgang mit natürlichen Ressourcen, Kultur und Sport (MANREC), die zum Transportwesen (FIDEMUNI) und die zur Stadtplanung (FAPU).

Die erste wurde auf Antrag des Stadtrates und auf Druck des Rechnungshofes geschlossen, nachdem im Februar dieses Jahres eine Razzia in den Büros der städtischen Wassergesellschaft (EMPAGUA) stattfand. Gegen die beiden üblichen laufen seit 2017 Ermittlungen, nachdem der Rechnungshof eine unrechtmässige Zahlung von 21 Millionen Quetzales (ca. 2,4 Mio. Euro) gefunden hatte. Dieses Geld kam von der FIDEMUNI, um die Instandhaltung von 28 Bussen der Transmetro zu zahlen. Diese wiederum waren an die FAPU verpachtet. Die FAPU ist die grösste der städtischen Treuhandgesellschaften. Laut einem Finanzbericht der Stadtverwaltung vom Juni 2018 hat diese mit Geld in Höhe von 67 Millionen Quetzales (ca. 7,6 Mio. Euro) hantiert. Verwaltet wurde es aber durch das Finanzinstitut des Westens, also jener Institution, gegen die sich die heutige Razzia richtete.

Rechtlich verantwortlich ist der Repräsentant des Finanzinstituts des Westens, José Eduardo Ascoli Cáceres. Über diese Treuhandkonstruktion wurden alle Einkäufe jener städtischen Abteilungen gesteuert, die nun durchsucht wurden. Das Geld wurde verwendet, um Personal einzustellen, das Fortbildungen durchführte oder kulturelle Veranstaltungen organisierte, aber auch um den Ankauf von Baumaterial zu zahlen, Fahrzeuge zu leasen oder zu kaufen, Strassen zu reparieren, Werbeträger zu kaufen oder Immobilien zu pachten. All die damit verbundenen Verträge wurden direkt vergeben, also ohne dass es eine öffentliche Ausschreibung gegeben hätte. Die Hersteller der Güter und die Dienstleister wurden also willkürlich ausgesucht. Diese verschleiernde Konstruktion hat es den VerwaltungsbeamtInnen ermöglicht, die Treuhandgesellschaften dazu zu nutzen, Unternehmen aus ihrem eigenen Umfeld zu bevorzugen.

Der erste grosse Fall der Consuelo Porras nimmt also die Ermittlungen über das Finanzgebaren im Palast der Wölfin (Spitzname des Rathauses) wieder auf. Es gilt, die ersten formalen Anklagen abzuwarten und zu schauen, wie die Stadtverwaltung mit diesem Prozess umgehen wird, jetzt, wo sie nicht mehr die Unterstützung und die Macht eines Álvaro Arzú hinter sich weiss. (Gabriel Woltke, Nómada)

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6